

Wählen heißt auswählen

Politik ist Richtungsbestimmung. Welchen Weg das Land einschlägt, bestimmen in der Demokratie mündige Wählerinnen und Wähler. Wenigstens sollte es so sein. „Alle Gewalt geht vom Volk aus“, sagt dazu das Grundgesetz. Ganz klar also: Ob immer mehr Menschen nach Deutschland einwandern

können sollen, ist nicht so sehr Sache der Einwanderer, auch nicht so sehr Sache irgendwelcher Manager, sondern Sache der Deutschen. Die Umfragen sind sich einig, dass die Bürger fast aller politischen Richtungen der Ansicht sind, dass wir in Deutschland schon jetzt

nicht zu wenig, sondern zu viele Ausländer haben. Die damit verbundenen Gefährdungen der kulturellen und sozialen inneren Struktur unseres Landes sind kein „Stammtischgerede“, sondern offenkundig. Und die Art und Weise, wie an diesem System seit Jahren festgehalten wurde, war nicht human. Sondern töricht. Töricht bis zur Unerträglichkeit.

Das neue Einwanderungsgesetz von Otto Schily spricht einige Missstände an, ist aber – so die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ – „ein unehrliches Gesetz“. Durch eine Summe fauler Kompromisse zwischen Rot und Grün führt es im Ergebnis zu mehr Einwanderung und damit ausdrücklich zum Gegenteil von dem, was Schily oder Schröder den Deutschen verspro-

chen haben. Jetzt sollen noch vor der Wahl vollendete Tatsachen geschaffen werden. In aller Eile, damit ja niemand auf den Gedanken kommt, es ginge auch anders.

Natürlich kommt das nicht in Frage. Wo leben wir denn? Wählen heißt auswählen! Über die Frage, ob und wie die Zuwanderung nach Deutschland erweitert oder eingeschränkt werden soll, wird am 22. September entschieden. An diesem Tag entscheiden ausnahmsweise nicht die Journalisten, auch nicht die Kirchen, sondern die Wahlberechtigten.



Mein Herz schlägt auf dem rechten Fleck
Von Peter Gauweiler

Zuwanderung – ein Wahlkampfthema?

CDU und CSU sind Einwanderungsparteien

Die Zuwanderung ist ein Thema des Bundestagswahlkampfes und vieler Wahlkämpfe, die folgen werden. Auch deshalb, weil die Haltung der politischen Parteien zur Zuwanderung sehr widersprüchlich ist.

Die CDU/CSU ist die Schutzpatronin der Aussiedler, von denen seit 1990 über 2,2 Millionen zu uns kamen. Drei Viertel von ihnen sind mittlerweile ohne deutsche Wurzeln und Sprachkenntnisse.

Sie beziehen Leistungen aus den Sozialkassen.

Junge Aussiedler bilden Banden und werden straffällig. Aber die CDU/CSU sagt: „Diese Russen sind Deutsche.“ Wer Einwanderung begrenzen will, muss das Aussiedlergesetz ändern.

Die rot-grüne Koalition will Frauen Aufenthalt gewähren, denen in ihrer Heimat geschlechtsspezifische Verfolgung wie die Beschneidung droht. Aber zwei Millionen Mädchen werden jährlich verstümmelt. Ein Aufstocken der Entwicklungshilfe wäre wirkungsvoller, weil man in Afrika mit wenig Geld viele Tausend Mädchen vor dieser Grausamkeit bewahren kann.

Und warum fordert die FDP eine Berufarmee, aber nicht

Ausländer für die Bundeswehr? Wenn unsere Soldaten nicht mehr nur die Heimat schützen, sondern überall in der Welt eingesetzt werden, dann ist das zwangsläufig. Afghanen als Bundeswehr-Soldaten, besser natürlich als Berufssoldaten der UNO, würden sich in Kabul und Kandahar eher zurechtfinden als unsere Landsleute. Wir brauchen kein deutsches Interventionsheer, sondern eine UNO-Streitmacht. Die Einwanderer-Debatte hat viele Facetten.



Mein Herz schlägt links
Von Oskar Lafontaine